

V-INI-17 Nichtrauchererschutz erweitern

Antragsteller*in: Sebastian Karl (Stuttgart KV)

Tagesordnungspunkt: V Sonstige Anträge und Resolutionen

1 Die Gefahren des Zigarettenrauchens sind weithin bekannt. Rauchen ist ursächlich
2 für zahlreiche Erkrankungen. Etwa jeder siebte Todesfall in Deutschland ist auf
3 die Folgen des Rauchens zurückzuführen. Dabei ist Rauchen nicht nur Privatsache,
4 sondern schadet der Gesellschaft im Ganzen. Rauchen verursacht jährliche Kosten
5 von rund 80 Milliarden Euro. Durch den Passivrauch schädigt Rauchen auch massiv
6 die Gesundheit der Umstehenden. Diese können sich dem Rauch in vielen Fällen
7 nicht entziehen.

8 Bisherige Maßnahmen zur Eindämmung des Rauchens und seiner Folgen sind
9 unzureichend. Deutschland belegt beim Nichtrauchererschutz im europäischen
10 Vergleich den vorletzten Platz. Noch immer raucht rund ein Viertel der
11 Bevölkerung Deutschlands.

12 Die Landesregierungen von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen haben
13 angekündigt, eine Gesetzesinitiative im Bundesrat einzubringen, um Schwangere
14 und Kinder besser vor den Gefahren des Passivrauchens zu schützen. Sie fordern
15 ein bundesweites Rauchverbot in Autos, in denen Schwangere oder Kinder
16 mitfahren. Wir fordern die Landesregierung in Baden-Württemberg auf, diesen
17 Gesetzesentwurf konstruktiv zu unterstützen, mit dem Ziel einen besseren Schutz
18 für Nichtraucher zu gewährleisten.

19 Darüber hinaus fordern wir die Landtagsfraktion auf, die Initiative unseres
20 Sozialministers Manne Lucha für eine Verschärfung des Rauchverbots in Baden-
21 Württemberg nach dem Vorbild von Bayern zu unterstützen.

Begründung, warum der Antrag nicht fristgerecht gestellt werden konnte

Die Landesregierungen von Niedersachsen und NRW haben vor wenigen Tagen eine entsprechende Gesetzesinitiative im Bundesrat angekündigt.

Inhaltliche Begründung

- Rauchen gefährdet die Gesundheit
- Rauchen schadet der Gesellschaft durch direkte und indirekte Kosten in Milliardenhöhe
- Passivrauch schädigt die Gesundheit im gleichen Maße wie aktives Rauchen. Im Gegensatz zu aktiven Rauchern können sich Nichtraucher dem Passivrauch in vielen Fällen nicht entziehen.
- Deutschland steht beim Nichtraucherchutz in Europa auf dem vorletzten Platz. Bisherige Maßnahmen haben nur unzureichenden Erfolg erbracht.
- Die Bevölkerung steht in Umfragen hinter der Forderung nach einer Ausweitung des Nichtraucherchutzes. Mittlerweile steht selbst eine Mehrheit der Raucher hinter einer Ausweitung des Nichtraucherchutzes.
- Ein besserer Schutz von Nichtrauchern führt nicht zu negativen wirtschaftlichen Konsequenzen wie dem viel zitierten Kneipensterben.

Unterstützer*innen

Edith Ailing (Reutlingen KV); Tom Bayer (Heidelberg KV); Werner Wenning (Freiburg KV); Josef Frey (Lörrach KV); Christian Musse (Stuttgart KV); Esther Böhm (Stuttgart KV); Maria Flendt (Stuttgart KV); Bernhard Mellert (Stuttgart KV); Jitka Sklenarova (Stuttgart KV)